In Berlin: Florian Post und Claudia Tausend mit dem Kollegen Bernd Rützel MdB.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nicht nur die Temperaturen haben uns in Berlin ein paar heiße letzte Sitzungswochen vor der Bundestagswahl beschert. Nachdem Angela Merkel umgefallen ist, konnten wir die Union stellen und endlich die Ehe für alle durchsetzen – ein Projekt, für das wir uns schon seit vielen Jahren einsetzen. Anfang Juni stand eine wichtige und weitreichende Abstimmung über den Bund-Länder-Finanzausgleich an. Wir haben als Ihre Münchner Abgeordneten dem Regelungspaket nicht zugestimmt, da wir vor allem die darin enthaltene Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft klar ablehnen. Außerdem haben wir in Dortmund unser Regierungsprogramm verabschiedet: Wir haben nicht nur den besseren Kanzlerkandidaten, sondern auch die besseren Konzepte für Deutschland!

Ihr Florian Post und Ihre Claudia Tausend

Autobahnprivatisierung verhindern!

Florian Post, MdB, und Claudia Tausend, MdB, haben bei der Abstimmung über den Bund-Länder-Finanzausgleich gegen den Koalitionsvorschlag gestimmt. Die beiden Münchner SPD-Bundestagsabgeordneten über ihr „NEIN“ zum Bund-Länder-Finanzausgleich im Deutschen Bundestag, der auch die Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft privaten Rechts enthält: „Vor allem die darin enthaltene Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft lehnen wir ab. Nach den Erfahrungen, die wir mit der Privatisierung u.a. der Post, der

Fortsetzung auf S.2

Fortsetzung von S.1

Telekom und der Bahn gemacht haben, verweigern wir der Privatisierung der Verwaltung der Bundesautobahnen unsere Zustimmung.
Wir laufen Gefahr, Kernbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge erneut einfach aus der Hand zu geben.
Die Infrastrukturgesellschaft soll die Rechtsform einer GmbH haben.
Auch wenn es gelungen ist, eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung Dritter an der geplanten Infrastrukturgesellschaft und möglicher Tochtergesellschaften im Grundgesetz auszuschließen, kann zu einem späteren Zeitpunkt eine Umwandlung der geplanten GmbH in eine Aktiengesellschaft durch einfachgesetzliche Regelung erfolgen.
Außerdem werden mit dem Gesetzespaket Öffentlich-Private-Partnerschaften ausdrücklich erlaubt. Die relevanten Einschränkungen dazu sind nur einfachgesetzlich geregelt und können von einer anderen

Bundesregierung jederzeit mit einfacher Mehrheit geändert werden. ÖPP könnten zum Standard werden und diese sind laut Bundesrechnungshof in der Regel wesentlich teurer. Wenn man bedenkt, dass die Union ursprünglich bis zu 49 Prozent der Gesellschaft an private Investoren veräußern wollte und keinen Hehl daraus gemacht hat, eine echte Privatisierung voranzutreiben, kann man sich vorstellen, wo die Reise mit anderen Mehrheitsverhältnissen hingeht.
Gleiches gilt für die Kreditfähigkeit der Gesellschaft. Es ist zwar nicht erlaubt, dass diese selbst Kredite aufnimmt, aber dieser Punkt ist ebenfalls nur einfachgesetzlich geregelt.
Für uns ist klar: Die Union wollte von Anfang an eine echte Privatisierung der Autobahnen und wird das auch weiterhin vorantreiben. Der vorliegende Kompromiss schließt das nicht aus. Und nur weil dieses Projekt mit der Neuordnung der Finanzbeziehungen verknüpft ist, stimmen wir keinesfalls einem möglichen Ausverkauf öffentlichen Gutes zu.“

50 Jahre Neuperlach

Am 11. Mai durfte Claudia Tausend mit Oberbürgermeister Dieter Reiter und vielen verdienten Bürgerinnen und Bürgern 50 Jahre Neuperlach feiern. Bei der Jubiläumsfeier zeigte sich Neuperlach von seiner lebendigen und vielfältigen Seite. Gastgeber war der SVN München e.V. in seinem neuen Sportpark – ein Verein der ersten Stunde und mit seinen gut 6000 Mitgliedern eine fest verankerte Institution im Stadtbezirk. Claudia Tausend freut sich, dass Neuperlach als „Stadt neben der Stadt“ seine eigene Identität behauptet. Sie kann Kurt Damaschke, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksausschusses, nur beipflichten: „Das ist München, aber anders!“ Die bis zu 18-stöckigen Wohngebäude und die hohe Einwohnerdichte mögen immer noch das Bild Neuperlachs prägen, tatsächlich bietet der Stadtteil mit seinen großzügigen Freiflächen und Alleen eine hohe Lebensqualität. Die gute U-Bahn-Anbindung und das ausgereifte Fuß- und Radwegesystem ermöglichen eine hohe Mobilität.
Um für die wachsende Bevölkerung zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, beschloss der Stadtrat 1960 den Bau von „Entlastungsstädten“. Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel legte am 11. Mai 1967 den Grundstein für Neuperlach.

Den Planern war es wichtig, Wohnen und Arbeiten im Viertel zu verbinden. Dieser Plan ist aufgegangen, Neuperlach hat sich zum gefragten Standort von Verwaltung und Unternehmen, insbesondere aus der Hightech-Branche und dem Versicherungswesen, entwickelt – und ist für gut 55.000 Münchnerinnen und Münchner zur Heimat geworden.
Was bisher fehlte, war die Bebauung auf dem Hanns-Seidel- Platz. Hier entsteht die„ Neue Mitte“ Neuperlachs. Am Tag des Jubiläums konnten GEWOFAG und BHB dafür den Grundstein legen. Sie errichten dort in einem ersten Schritt geförderte und freifinanzierte Wohnungen. Am Ende wird hier ein modernes Stadtteilzentrum mit dem lang ersehnten Kulturzentrum sowie Wohnraum, Büros und Geschäften entstehen. So wird das Herz Neuperlachs komplett.
Claudia Tausend bedankt sich herzlich bei BHB-Geschäftsführerin Melanie Hammer, die sich um dieses Herzensprojekt kümmert und einen lebenswerten Ort mit ansprechender Architektur schaffen wird.
Anlässlich des 50. Jubiläums haben der Bezirksausschuss, der Trägerverein des Kulturhauses und viele weitere von März bis Oktober 2017 ein umfangreiches Festprogramm zusammengestellt. Nutzt die Gelegenheit, entdeckt Neuperlach und feiert das Geburtstagskind gebührend!

Geschlossen wie selten – SPD beschließt Regierungsprogramm

Das sagten dieses Mal nicht nur die eigenen Presseerklärungen, sondern auch ansonsten SPD-kritische Medien: Der Parteitag in Dortmund war ein Riesenerfolg!
Aus einem Antragsbuch in Telefonbuchstärke wurden 85 Seiten Regierungsprogramm, das einstimmig beschlossen wurde. Kernpunkte unter anderem: 80 Prozent der Menschen sollen von Steuern und Abgaben entlastet werden. Das Rentenniveau soll nicht weiter absinken – und das Rentenalter nicht steigen.
Neben Martin Schulz waren die Stars des Parteitags der türkische Journalist Can Dündar, der in der Türkei verurteilt wurde und heute in Deutschland im Exil lebt, sowie Gerhard Schröder und Johanna Ueckermann.
Schulz übte in seiner Rede scharfe Kritik an der Union und ihrer Wahlkampftaktik der asymmetrischen Demobilisierung. Die Kanzlerin sagt nichts, nimmt zu nichts Stellung, bezieht keine konkrete Position, um die Auseinandersetzung mit der SPD bei wichtigen politischen Themen wie Rente und Steuern zu vermeiden und die Wahlbeteiligung so nach unten zu drücken.
Die SPD setzt auf eine Wechselstimmung im Land. Altkanzler Gerhard Schröder hat es 2005 vorgemacht und einen großen Rückstand bis zum Wahltag aufgeholt: „Wenn wir in den nächsten Wochen alle mobilisieren und um jede Stimme kämpfen, dann können wir es schaffen, stärkste Partei zu werden!“, so Schröder.
Die Juso-Vorsitzende Johanna Ueckermann machte deutlich, warum die junge Generation im Land einen Wechsel will: „Ich habe es satt, dass für Merkel der Machterhalt mehr zählt, als etwas für die junge Generation zu tun. Meine Generation braucht endlich einen Bundeskanzler der den Mut hat anzupacken.“
„Der Dortmunder Parteitag vermittelt den Eindruck, dass die Genossen geschlossen in den Wahlkampf gehen wie lange nicht mehr. Und da ist was dran. Nachdem sie Schulz im März mit 100 Prozent zum Parteichef und Kanzlerkandidaten gemacht hatten, zeigten sie sich selbst nach den bösen Niederlagen der jüngsten Landtagswahlen untypisch geeint für eine Volkspartei, mit ihren starken Flügeln.“ So die die „Zeit“.
Eine hervorragende Grundlage für die heiße Phase des Wahlkampfs also!

Öffnung der Ehe beschlossen

Am Freitag der letzten Sitzungswoche dieser Legislaturperiode haben wir die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Wir haben damit eine jahrelange Diskriminierung beendet und lösen ein zentrales Versprechen aus dem Regierungsprogramm 2013 ein.
Zwölf Jahre lang blockierte Kanzlerin Merkel die Gleichstellung, weil sie sich persönlich unwohl dabei fühle. Seit 2001 die rot-grüne Koalition die Lebenspartnerschaft eingeführt hatte, leistete die Union massiven Widerstand. Sie verhinderte entscheidende Elemente der Gleichstellung im Bundesrat. Es lag am Bundesverfassungsgericht bei Fragen der Rente, im Erbrecht und im Steuerrecht die Gleichstellung zu erzwingen. Im Koalitionsvertrag konnten wir 2013 der Union nur ein vages Zugeständnis abringen. So mussten wir den mühsamen und für die Verwaltung extrem aufwändigen Weg der kleinen Schritte weiterverfolgen. Wir bereinigten so 100 diskriminierende Einzelregelungen, insbesondere bei Steuerangelegenheiten.
Im September 2015 hat der Bundesrat auf Initiative von Rheinland-Pfalz einen Gesetzesentwurf zur Eheöffnung angenommen. Wiederholt hat die SPD Merkel und Seehofer darauf gedrängt, einen Regierungsbeschluss zu fassen. Ende März diesen Jahres legten wir als SPD-Bundestagsfraktion einen eigenen Gesetzentwurf vor. Beim Koalitionsausschuss am Folgetag gab Merkel laut Martin Schulz eine eindeutige Antwort: „Vergessen Sie es.“ Erst nachdem die Grünen, die FDP und schließlich die SPD die Eheöffnung zur Koalitionsbedingung erklärt hatten, kam die Kehrtwende. Merkel erhob die Abstimmung zur Gewissensentscheidung der Abgeordneten – aber erst in der nächsten Legislaturperiode. Diesen Winkelzug wollten Martin Schulz und Thomas Oppermann nicht hinnehmen. Es geht schließlich um Menschen, nicht wahltaktische Überlegungen. Gewissenentscheidungen haben kein zeitliches Limit.
Darum haben wir als SPD-Fraktion die Abstimmung noch in dieser Sitzungswoche durchgesetzt. Das ist kein Vertrauensbruch. Wir haben Angela Merkel lediglich beim Wort

Fortsetzung auf S.4

Fortsetzung von S.3

genommen. Die Abstimmung „überfallartig“ und „holterdiepolter“ zu nennen ist eine Farce, schließlich drängte die SPD mehr als einmal die Union zur Abstimmung.
Konkret haben wir nun im Bürgerlichen Gesetzbuch klargestellt, dass auch gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe eingehen können. Es reicht, das BGB zu ändern. Denn Artikel 6 Grundgesetz, in dem der Schutz von Ehe und Familie verankert ist, enthält keinen Bezug auf die sexuelle Identität der Ehepartner.
Mit der Öffnung der Ehe sind gleichgeschlechtliche Paare nun auch im Adoptionsrecht vollständig gleichgestellt. Bereits vor 16 Jahren haben die Niederländer das Eis gebrochen.

In 14 EU-Staaten sind gleichgeschlechtliche Ehen mittlerweile Realität – nun auch in Deutschland.

Türkei, was jetzt? - mit Christian Ude

Türkei, was jetzt? - mit Christian Ude - Eine hervorragend besuchte Veranstaltung bei der SPD Moosach! Herzlichen Dank an Stadträtin Julia Schönfeld-Knor für die Organisation!
Über 100 Mitglieder und Gäste beim SPD-Abend in Moosach. Drei Stunden lang haben wir sachlich diskutiert, was schief gelaufen ist in der Türkei, in Deutschland und zwischen unseren Ländern. Christian Udes Plädoyer: nicht selbstgerecht sein, aber selbstbewusst klare Grenzen ziehen, was geht und was nicht. Die SPD muss aufgreifen, was die Bevölkerung bewegt!

Verhandlungen über einen gesetzlichen Anspruch auf Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit gescheitert

Mit dem Rückkehrrecht in die vorherige Arbeitszeit ist ein zentrales frauen- und arbeitsmarktpolitisches Vorhaben der Koalition auf Druck der Arbeitgeber am Bundeskanzleramt gescheitert. Damit wurde eine klare Verabredung des Koalitionsvertrages gebrochen.
Es gibt Phasen im Leben, in denen viele Menschen weniger arbeiten möchten, um Familie und Arbeit unter einen Hut zu bringen. Dafür gibt es seit 17 Jahren das Recht auf Teilzeitarbeit. Egal, ob für Angehörige, die krank sind und gepflegt werden müssen oder für die Betreuung der Kinder: Wer will, kann seine Arbeitszeit verringern. Aber nun bleibt für hunderttausende Frauen der Weg aus der Teilzeitfalle weiterhin versperrt. Jeder dritte Teilzeitbeschäftigte ist davon betroffen. Es gibt viele Frauen und Männer, die gerne wieder in die alte Arbeitszeit zurück wollen, aber ihr Arbeitgeber ermöglicht es ihnen nicht. Betroffen sind vor allem Frauen. Oft wird der Wunsch nach Teilzeit als Absage an die Karriere missverstanden. Die Teilzeitfalle erhöht gerade bei Frauen das Risiko von Altersarmut, da sie durch den niedrigeren Verdienst über viele Jahre keine ausreichenden Rentenansprüche erwerben können. Laut Familienministerium wollen aktuell in Deutschland 750.000 Frauen in Teilzeit wieder mehr arbeiten. Unsere Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf für ein Rückkehrrecht von einem Teilzeit- auf einen Vollzeitarbeitsplatz vorgelegt.

Leider ist dieser Gesetzesentwurf an der Blockadehaltung der Union – wie bei vielen anderen wichtigen sozialen Themen – mit dem Hinweis auf eine zu große Belastung für Unternehmen gescheitert. Dabei hatte der SPD-Entwurf explizit die Kleinunternehmen ausgenommen, die nicht die nötige Flexibilität aufbringen können.

Wahlkampfauftakt im Münchner Osten

Mit Infoständen in der Au, in Berg am Laim und in Neuperlach am Samstag den 24. Juni ist die SPD im Münchner Osten motiviert in den Wahlkampf gestartet.

Arbeitskreis Europa mit Christoph Moosbauer

Trump, Erdogan, Putin und viele internationale Konflikte stellen Europa vor große Herausforderungen. Claudia Tausend diskutierte unter dem Motto „Welt im Wandel - Europas neue Außenpolitik“ mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Strategieberater Christoph Moosbauer gemeinsam mit gut 50 Gästen. Moosbauer hatte sich als Außenpolitiker profiliert, war nahostpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Unterausschusses Vereinte Nationen.
Für Christoph Moosbauer wie für Claudia Tausend ist klar: Europa muss mit Realismus und Selbstbewusstsein auf die neuen Herausforderungen reagieren. Eine stärkere Kooperation der europäischen Staaten auf allen Ebenen und ein geschlossenes Auftreten nach außen sind die nötigen Antworten.

EuGH sorgt für Klarheit: Mehr Mitsprache für Parlamente und Bürger bei Handelsabkommen!

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat mit zwei wegweisenden Entscheidungen die Mitbestimmungsbefugnisse der Bürger und nationalen Parlamente gestärkt.
Zum einen hat der EuGH den Beschluss der EU-Kommission für nichtig erklärt, mit dem die Registrierung der geplanten Bürgerinitiative „Stop TTIP“ abgelehnt wurde. Bei „Stop TTIP“ hatten über drei Millionen Europäerinnen und Europäer unterschrieben, die Kommission lehnte die Zulassung jedoch ab, da sie der Meinung war, dass Bürgerinitiativen nicht in bereits eingeleitete Verfahren (in diesem Fall die Verhandlungen zu CETA und TTIP) eingreifen dürften. Das Gericht entschied nun: Die Kommission hätte die Bürgerinitiative anerkennen müssen. Das Urteil stärkt europäische Bürgerinitiativen auch für die Zukunft, da sie das Recht von Bürgerinitiativen festschreibt, der Gesetzgebung Themen vorzuschlagen.
Zum anderen hat der EuGH am 16. Mai das lange erwartete Gutachten zum EU-Singapur-Freihandelsabkommen vorgelegt. Die Kommission hatte das Gutachten angefordert, da sie der Meinung war, dass das Abkommen (und somit auch ähnliche umfassende Freihandelsabkommen) in der ausschließlichen Zuständigkeit der EU lägen. Der EuGH hat nun festgestellt, dass das Singapur-Abkommen in gemischte Zuständigkeit fällt, d.h. zusätzlich zum Ministerrat und dem Europäischen Parlament muss es auch von den nationalen Parlamenten aller Mitgliedstaaten verabschiedet werden. Dieses Urteil klärt endlich die Zuständigkeiten in der europäischen Handelspolitik, an dem sich zukünftige Abkommen orientieren müssen. Das Mitspracherecht des Deutschen Bundestags bei EU-Handelsabkommen – seit Jahren ein Streitpunkt zwischen der Kommission und den nationalen Parlamenten – ist nun endlich auch für zukünftige Abkommen bestätigt.
Beide Urteile stärken unsere sozialdemokratische Herangehensweise an europäische Handelspolitik: Transparenz, Dialog mit der Zivilgesellschaft und demokratische Kontrolle müssen die Grundlage für alle zukünftigen Verhandlungen sein. Nur so wird uns die Trendwende hin zu einer wertebasierten Handelspolitik gelingen, bei der Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz im Vordergrund stehen!

Über Grenzen denken: Eine Ethik der Migration

Claudia Tausend konnte unseren ehemaligen Kulturreferenten Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Kulturstaatsminister a.D. und Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, für eine Diskussion über sein neuestes Buch "Über Grenzen denken: Eine Ethik der Migration" gewinnen. Er behandelt darin verschiedene Fragen der Migration unter ethischen Gesichtspunkten. Seine Hauptthese besagt, dass offene Grenzen das Elend nicht wesentlich mildern würden, sondern die Herkunftsländer weiter schwächen. Stattdessen brauche es eine sozialere, gerechtere, fairere und humanere Weltwirtschaftsordnung. Das blinde Vertrauen auf globalisierte Märkte führe dazu, dass die Ärmsten der Welt weiter abgekoppelt werden. Claudia Tausend stimmte dieser Analyse zu und erläuterte den gut 100 Gästen die konkreten Konsequenzen einer neuen europäischen Handelspolitik, die sie im Europaausschuss des Deutschen Bundestages gemeinsam mit den SPD-Abgeordneten im Europaparlament voranbringen will.

Florian Post

Termine im Mai und Juni

Fronleichnamsprozession in München

Eindrücke von der heutigen wunderbaren Fronleichnamsprozession in München mit unserem Erzbischof Reinhard Kardinal Marx. Es war mir eine Freude, dabei gewesen zu sein. Mehr als 10.000 Menschen nahmen an der Messe vor dem Rathaus teil. Im Anschluss zog die Fronleichnamsprozession unter strahlend blauem Himmel bis zum Königsplatz. Kardinal Marx erwähnte dort abschliessend, dass er eine besondere Genugtuung darüber empfinde, dass auf dem Platz, auf dem die Nazis grosse Feste feiern wollten „nun wir stehen".

Schafkopfturnier

Eröffnung eines Benefiz-Preisschafkopf-Turniers im Alten Wirt in Moosach, zu dem ich gerne Preise gespendet habe!

1. Mai - Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz!

Claudia Tausend

Termine im Mai und Juni

Frühlingsfest

Anstossen auf ein friedliches Frühlingsfest!

Patenschaftsprogramm

Claudia Tausend betreut im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms zwei amerikanische Jugendliche, die ein Jahr in München sind: Cobey Mauldin in Trudering und Cecilia Barber in der Au.

Podiumsdiskussion

Claudia Tausend veranstaltete eine gut besuchte Podiumsdiskussion zum Verbraucherschutz in der Curva Est mit Florian von Brunn aus dem Bayerischen Landtag, Stadträtin Bettina Messinger und Sascha Straub von der Verbraucherschutzzentrale Bayern.

1. Mai

Die große DGB-Kundgebung am 1. Mai am Marienplatz war eine gute Gelegenheit um die neuen Dienstfahrzeuge der bayerischen Polizei auszuprobieren.

Blick hinter die Kulissen

In der Karwoche konnte Claudia Tausend 47 engagierte Frauen aus Oberbayern nach Berlin einladen und ihnen einen Blick hinter die Kulissen bieten.

Berg am Laim

Über die Lage der Familien in Berg am Laim und Riem hat sich Claudia Tausend mit der Landtagsabgeordneten Doris Rauscher und Bezirksrat Mike Malm im SOS-Beratungs- und Familienzentrum näher informiert.

Florian Post MdB

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung, Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.

Newsletter Design, Konzept und Layout
©2017 MdB Florian Post